

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1980)
Heft: 1

Artikel: Ölkrise und Aufrüstung
Autor: R.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SES
Schweizerische
Energie-Stiftung

Auf der Mauer 6, CH-8001 Zürich
Telefon 01 691323

FSE
Fondation Suisse
pour l'Energie

Secrétariat romand
Case postale 43
CH-1212 Grand-Lancy 1

FSE
Fondazione Svizzera
per l'Energia



SES Notizen

Ölkrisse und Aufrüstung

LIEBE SES-MITGLIEDER

Was bringt uns das neue Energie-Jahr? Höhere Erdölpreise, heftige Auseinandersetzungen um die Sondierbohrungen, einen neuen Energieminister, wahrscheinlich einen Entscheid über Kaiseraugst und sicher grosse Fortschritte bei Spartechnologien und regenerierbaren Energiequellen.

Eines habe Bundesrat Ritschard den unfreiwilligen Abschied vom EVED erleichtert, hört man in Bern: Die Aussicht auf ein endloses Geplänkel mit uneinsichtigen Gemeindepräsidenten, die partout keine Sondierbohrungen wollen.

Was wir von Leon Schlumpf erwarten können, ist noch schwer zu sagen. Als Preisüberwacher hat er gegenüber der NOK und den Oelmultis einen festen Stand bewiesen. Wie er sich als Energieminister stellt, ist eine andere Frage. Sicher werden die hinter dem bundesrätlichen Revirement stehenden bürgerlichen Parteien keinen AKW-Gegner und Verfechter einer neuen Energiepolitik auf diesen Posten gehoben haben. Aber man könne mit ihm reden, loben ihn seine politischen Gegner. Auch die SES ist an einem Gespräch interessiert. Und noch ein Pluspunkt: Gewerkschaften und die SP werden gegenüber einem parteifremden Bundesrat weniger Hemmungen haben, ihren kritischen Standpunkt klarzumachen.

Gewerkschaften und die SP werden gegenüber einem parteifremden Bundesrat weniger Hemmungen haben, ihren kritischen Standpunkt klarzumachen.

Ruggero Schleicher

Die Russen "stehen jetzt 500 km vor der Lebenslinie des Westens: der Oelroute durch den Persisch-Arabischen Golf", schreibt Theo Sommer, Mitherausgeber der angesehenen Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" und folgert: "Das neue US-Eingreifcorps sollte rasch Gestalt gewinnen. Dabei ist zu überlegen, ob nicht Westeuropa sich darauf einrichten muss, Amerika mit eigenen Einsatztruppen zur Seite zu stehen. Es hängt noch stärker vom nahöstlichen Erdöl ab, als die Vereinigten Staaten."

Kalter Krieg, Milliardenausgaben für die Rüstung - vor allem wegen des Oels?

Die Geldschwemme

Die Wirtschaftsaussichten standen nicht günstig am Ende des Jahres: Anhaltende Inflation, drohende Rezession mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit. Deutlichstes Zeichen für wachsende Verunsicherung: der spektakuläre Anstieg des Goldpreises.

Zuviel Kapital ist vorhanden, die

grossen Investoren sehen immer weniger Möglichkeiten, es gewinnbringend und risikolos anzulegen. Rund 500 Milliarden Dollar vagabundieren auf dem unkontrollierbaren, hoch spekulativen "Euro-dollar-Markt", der jedes Jahr um ein Viertel wächst - gespeist hauptsächlich durch die Riesen-einnahmen der Oelländer, die im eigenen Land keine Anwendung dafür haben. Der Zusammenbruch die-



ses Kartenhauses aus kurzfristigen Monstrokrediten ist der Alpträum der beteiligten Grossbanken: die weltwirtschaftlichen Konsequenzen wären unabsehbar.

Die Preiserhöhungen sind legitim

Die Regierenden der Industriationen versuchen uns weiszumachen, die Oelpreiserhöhungen seien der Hauptgrund für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten. "Grosse Anstrengungen sollen unternommen werden, damit akzeptiert wird, dass die Oelpreiserhöhung für alle sozialen Schichten die Möglichkeiten einer Reallohnernhöhung begrenzt", heisst es im Schlusscommuniqué der OECD-Ministertagung vom 14. Juni.

Dabei waren die tatsächlichen Oelpreise von 1974 bis 1978 infolge der Inflation ständig gesunken: nach Angaben der UNCTAD um mehr als zehn Prozent. Rechnet man den Oelpreis in stabile Schweizerfranken um, so ist der Trend noch deutlicher: Im letzten Quartal 1975 kostete ein Barrel 28.92 Franken, Ende 1978 nur noch Fr. 21.18, also 27% weniger.

Nach den letzten Preiserhöhungen jedoch ist das (relativ billige) saudiarabische Öl in Schweizerfranken gerechnet nun rund 35% teurer als Ende 1975. Und zahlen müssen wir in der Schweiz, die über den spekulativen Rotterdamer Markt versorgt wird, noch einiges mehr.

Die Konsequenzen der Preiserhöhungen für die Industrieländer werden aufgebaut.

Laut "Monde Diplomatique" rechnen die französischen Planungsbehörden damit, dass sie für 1979 eine Erhöhung der Inflationsrate um 0,3 bis 0,5 % zur Folge haben, das ist bei einer Teuerung von rund elf Prozent nicht viel. "In Wirklichkeit", schreibt die für ihre soliden Hintergrundanalysen bekannte Zeitschrift, "haben die Regierungen mit den wiederholten Preiserhöhungen des Rohöls ein bequemes Alibi gefunden, um die öffentliche Meinung von den grundlegenden Problemen der kapitalistischen Volkswirtschaften abzulenken, und eine Verhärtung der restriktiven Politik zu rechtferigen."

In der wirtschaftlich relativ gut dastehenden Schweiz hat die Verfehlung der "Oelscheichs" denn auch nie derartige Ausmaße angenommen wie zum Beispiel in Amerika. So erklärte Nationalbank-Präsident Leutwiler kürzlich in der "Weltwoche": "Sehen Sie, ich habe ein gewisses Verständnis für die Haltung der Erdölländer. Sie indexieren zwar nicht den Erdölpreis an der Preisentwicklung für Industriegüter, aber sie sehen doch gewisse Relationen. Und die bisherigen Oelpreiserhöhungen sprengen diese Proportionen noch nicht. Mir scheint, damit können wir leben, wenigstens in der Schweiz."

Angesichts der schwindenden Vorräte ist das Vorgehen der Förderländer tatsächlich gerechtfertigt. Auch darf nicht vergessen werden, dass die OPEC-Staaten tatsächlich noch Entwicklungsländer sind: das Bild von den raffgierigen Oelscheichs ist krumm. Trotz einiger superreicher Mini-staaten und einer in Saus und Braus lebenden Oberschicht beträgt das Pro-Kopf-Einkommen in den OPEC-Ländern durchschnittlich weniger als 1100 Dollar. In den sieben mächtigen Industrieländern, die am Tokyoter Weltwirtschaftsgipfel im Juni den Oelländern die Hauptschuld für ihre Schwierigkeiten zuschoben, liegt der Durchschnitt bei 8800 Dollar pro Kopf.

Für die restlichen Entwicklungsländer jedoch ist die Oelpreiserhöhung ein schwerer Schlag: Öl deckt 80% ihrer kommerziellen Energieverbrauchs. Ein Fünftel ihrer Exportelöse mussten sie 1978 für Öl ausgeben, insgesamt rund 28 Milliarden Dollar.

Indexierung der Ölpreise

Anfangen hatte die Umwälzung

des letzten Jahres mit dem Sturz des Schahs. Ein relativ geringer Rückgang der Gesamtproduktion liess die Preise auf dem Spotmarkt in die Höhe schießen. Schlagartig wurde klar, wie empfindlich das ganze System ist. Die Oelländer nutzten die Gunst der Stunde, um ihre Einnahmen aufzubessern. Sie merkten, dass sich der Preis schon mit relativ geringen Produktionseinschränkungen beträchtlich erhöhen lässt. Faktisch sind sie dazu übergegangen, den Oelpreis zu indexieren, ihn regelmäßig an die Preise der Industriegüter anzupassen. An der Entschlossenheit der Förderländer, ihre Interessen mit Produktionssenkungen durchzusetzen, ist nicht mehr zu zweifeln. Auf kurzfristige Mehreinnahmen sind sie beim jetzigen Preisniveau nicht angewiesen. Und anstatt Gold zu kaufen, wie es verschiedene Oelländer nach der Sperrung iranische Konten in den USA vermehrt getan haben, können sie ebensogut ihr Öl im Boden horten: langfristig scheint Öl eine der besten Anlagentmöglichkeiten.

Politische Unsicherheit

Saudi-Arabiens Oelminister Jamani hat allerdings für das kommende Jahr eine Oelschwemme vorausgesagt. Inzwischen scheint er nicht abgeneigt, sogar mit eiteren Produktionssteigerungen nachzuholen, nadem es vor einigen Wochen noch geheissen hatte, Saudi-Arabien werde seine Förderleistung wahrscheinlich senken. Das hat seinen guten Grund: Die Moscheebesetzung in Mekka und Unruhen in den Ostprovinzen haben den saudischen Herrschern einen gewaltigen Schrecken eingejagt. Zur Wahrung ihrer wackeligen Macht scheinen sie sich wieder um die Gunst Amerikas zu bemühen. Aus den gleichen Gründen hat jedoch Saudi-Arabien seine mässigende Führerrolle in der OPEC verloren. Die Ereignisse von Mekka und die Faszination des neuen mohammedanischen Selbstbewusstseins haben es isoliert. Die OPEC sei bisher das schwarze Schaf gewesen, bald aber werde man ihrer bisher mässigenden Polizistenrolle nachtrauen, meinen Beobachter.

Die Versorgung scheint vorerst gesichert. Die politischen Risiken jedoch sind beträchtlich. Das Pulverfass des Nahen Ostens hat neuen Zündstoff bekommen. Der plötzliche Reichtum und die forcierte Industrialisierung haben in den wichtigsten Förderländern herkömmliche Sozialstrukturen zerstört und zu schweren Spannungen geführt. Und die Ausstrahlung der iranischen Revolution ist in allen islamischen Ländern spürbar, weniger bei den Regierenden, als beim Volk.

Nicht genug der Komplikationen: dem überlagert sich nun in bislang unüberschaubarer Weise der

neue irrationale Ost-West-Konflikt: dass die Sowjetunion es ebenfalls auf die Oelquellen des nahen Ostens abgesehen hat, ist nicht zu bezweifeln. Frühere Hoffnungen, dass eine allfällige militärische Auseinandersetzung sich lokal eng begrenzen liesse, sind in den letzten Wochen kleiner geworden.

Sparen oder Rüsten

Im Grunde hat der industrialisierte Westen zwei Möglichkeiten, auf die Bedrohung der Erdölvorsorgung zu reagieren: Entweder versucht er mit allen - notfalls auch militärischen - Mitteln, seine Kontrolle über die Quellen zu sichern, oder er beginnt ernsthaft, sich schnell davon unabhängig zu machen.

Immer stärkere Tendenzen scheinen das Pokerspiel mit der Kriegsdrohung zu bevorzugen. Das ist kein Zufall:

Sowohl die Öl- als auch die Rüstungskonzerne profitieren von dieser risikoreichen Strategie - und sie sind einflussreich genug, sich durchzusetzen.

Den grossen Schnitt haben im letzten Jahr nach den Förderländern vor allem die zu Energiekonzernen ausgewachsenen Oelmultis gemacht. Der ausgewiesene Gewinn vom BP zum Beispiel war in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres vier mal so gross, wie in der entsprechenden Periode des Jahres davor.

Die Oelkrise führt damit zu beträchtlichen Umverteilungen auch innerhalb der Industrieländer. So wird der kleine Mann gezwungen, den übermächtigen Industrieriesen die kostspielige Entwicklung und Kontrolle neuer grosstechnischer Energiequellen zu finanzieren: Schweröl, Teersand und Oelschiefer, Atomenergie und Kohleverflüssigung - das neueste Steckenpferd. Steckte man das gleiche Geld in Gebäudeisolierungen und sparsame Nutzungstechniken, hätten Verbraucher und Arbeitsuchende mehr davon: kleinere Energieausgaben und mehr Arbeitsplätze. Nur bliebe dann den einflussreichen Energielieferanten ein kleinerer Markt.

Auch für die Rüstungsindustrie geht die Rechnung auf: Die verängstigte Bevölkerung ist bereit, sie mit Milliarden aus Steuergeldern zu segnen.

Doch nicht nur das. Die verstärkte Rüstung hat bedenklicherweise auch tieferliegende gesamtwirtschaftliche Gründe. Sie ist ein probates Mittel zur "Kapitalvernichtung", zur Linderung der Geldschwemme in einer Wirtschaft, die an ihre Wachstumsgrenzen stösst. Milliarden werden dem Wirtschaftskreislauf entzogen und in unproduktive Rüstungsgüter gesteckt. Friedensforscher sind der Ansicht, dass die Aufrüstung vor den beiden Weltkriegen, anlässlich des Koreakrieges und des Vietnamkonfliktes teilweise auf

diesen Mechanismus zurückzuführen sind.

Und das Mittel scheint zu wirken: Angeführt von den Rüstungstiteln erlebten die Aktien der grossen Gesellschaften anfangs Jahr einen kräftigen Aufschwung. Ein New Yorker Börsenexperte schwärzte gar von der Aussicht auf "die beste aller Rezessionen".

So werden die Grossen noch mächtiger

Dies ist die Lösung der grossen Konzerne. Sie bringt eine beträchtliche Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und wirtschaftlicher Macht zu ihren Gunsten. Zur Durchsetzung ihrer Strategie haben sie nicht nur ihren beträchtlichen Einfluss auf Regierung und Parlament - besonders in Amerika - genutzt, sondern auch wirkungsvolle Propagandamittel eingesetzt:

Die unsinnige Benzinrationierung in den Vereinigten Staaten war bestens dazu angetan, eine panikartige Krisenstimmung anzuheizen: Nicht der Bezug der Konsumenten, sondern derjenige der Tankstellen wurde rationiert. Der Oekonom John Kenneth Galbraith nennt das: "die schlimmstmögliche Form der Rationierung: Benzin für denjenigen, der bereit ist an einer offenen Tankstelle (mit leerlaufendem Motor) am längsten zu warten". Seit der Geiselnahme in Teheran läuft in Amerikas (kommerziellen) Massenmedien eine schon fast kriegstreiberische Stimmungsmache gegen die unordentlichen Verhältnisse im Nahen Osten. Europäische Beobachter waren entsetzt.

Da steckt System dahinter. Aber das Pokerspiel wird gefährlich: es hat nicht nur kalkulierbare wirtschaftliche Komponenten.

Können wir gegensteuern?

Es gäbe auch andere Lösungen der Krise. Auf der technischen Ebene zum Beispiel: gewaltige Investitionen in energiesparende Techniken, Aufgabe gewalttätiger Grosstechnologie und Umorientierung auf hochentwickelte aber demokratisch kontrollierbare dezentrale Strukturen - entgegen der vorherrschenden Meinung sind sie nicht weniger "wirtschaftlich", sondern nur weniger mächtig. Flucht ins Gold, Geldschwemme, Kapitalvernichtung, "unwirtschaftliche" Sparmassnahmen, Krieg ums Öl: das ist absurd! Es gibt nicht zu viel Reichtum, nur ist er falsch verteilt. Besonders im Energiebereich ist Technik ein wichtiges Instrument zur Machtkonzentration. Der aufkeimende Widerstand breiter Schichten gegen die Grosstechnik kann gegensteuern. Denn der steigende Ölpreis könnte auch uns unabhängiger machen: Spartechniken beginnen sich durchzusetzen und im heutigen Durcheinander haben auch dezentrale, regenerierbare Energiequellen zunehmend eine reelle Chance.

I.S.



GRABEN

Für die Schweizer AKW-Gegner begann das neue Jahr in Graben BE. Einem Grossteil der Anti-AKW-Bewegung sei bewusst, dass man sich künftig nicht mehr mit Fackelzügen begnügen dürfe, erklärte ein Sprecher des Komitees "AKW - Graben nie" den rund 2500 Demonstranten, die trotz beissender Kälte am Neujahrstag zum Standort des geplanten A-Werkes gewandert waren. "Wir werden wohl nicht um eine Besetzung des Geländes herumkommen."

Prompt hat denn auch die Kernkraftwerk Graben AG in den ersten Januarswochen das Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Man rechne mit dem Abschluss des parlamentarischen Bewilligungsverfahrens bis 1982, wurde nach der knappen Abstimmung über die Atominitiative von Seiten der Bauherrin erklärt. Die Bernische Kraftwerke AG (BKW) - zu über 80% im Besitz des Kantons Bern - ist Mehrheitsaktionärin der Kernkraftwerksgesellschaft. Bisher wurden rund 280 Mio Franken in das AKW-Projekt investiert.

Die Standortgemeinde Graben war bisher mehrheitlich AKW-freundlich, doch die Mehrheit schmilzt mit den fortschreitenden Vorberarbeitungsarbeiten dahin. Während bisher noch jede das geplante AKW betreffende Abstimmung in Graben mit einem klaren Sieg der Befürworter endete, ging es am 15. Dezember 1979 hart auf hart. Nach rund zweistündiger Diskussion sprach sich die Gemeindeversammlung mit nur 43 gegen 40 Stimmen für die Schaffung einer Kernkraftwerkszone aus. Von den ins-

gesamt 175 stimmberechtigten Gemeindebewohnern hatten 87 an der Versammlung teilgenommen. "Wäre von Anfang an klar gewesen, dass geheim abgestimmt wird, wären mehr Leute gekommen - und hätten gegen das AKW votiert", schätzte eine langjährige Aktivistin der GAG. In der Tat stehen die Grabener unter erheblichem Druck der BKW, die rund 1/8 des Gemeindebodens und einige Wohnhäuser besitzt. Weitaus die meisten Bauern haben BKW-Land in Pacht, über 15 Familien wohnen in BKW-eigenen Liegenschaften.

Dazu kommt, dass die Gemeinde von der BKW mit grosszügigen Geschenken geködert wurde. Gemäss einem 1975 zwischen der Gemeinde und der BKW abgeschlossenen Vertrag, hat die Bauherrin nicht nur zugesichert, den Grabenern für Straßenbeleuchtung, Schulhaus und Gemeindehaus gratis Strom zu liefern, sie übernimmt auch die Kosten für die Sanierung und den Ausbau verschiedener Strassenstücke. Weiter winken - ist das AKW einmal in Betrieb - für die dortigen Verhältnisse fette Steuereinkünfte. Umso erstaunlicher ist, dass sich bei der genannten, höchstwahrscheinlich letzten kommunalen Abstimmung über das Kraftwerkprojekt eine derart starke Minderheit gegen das AKW aussprach. Ganz hat die BKW die letzte Hürde des Bewilligungsverfahrens auf Gemeindeebene noch nicht genommen. Drei Grabener Bürger/innen haben gegen den Kernkraftwerkszone-Beschluss Einsprache erhoben. Sie verlangen eine Wiederholung der Abstimmung.

h.b.

KAI SERAUGST

Über 7000 Personen, Gemeinden und Organisationen haben von ihrem Einspracherecht gegen das geplante AKW Kaiseraugst Gebrauch gemacht. Diese Flut brachte das Amt für Energiewirtschaft, dessen Rechtsdienst sich damit zu beschäftigen hat, in Verlegenheit. Man erwog die Schaffung einer neuen Stelle. Auch die SES hat Einspruch erhoben. Sie bemängelt vor allem den Bedarfsnachweis. Die in ihm vorausgesetzten Elektrizitätsbedarfsprognosen wiesen "schwerwiegende methodische Mängel" auf,

die Sparmöglichkeiten würden unterschätzt, die Nachfrage nach Elektrizität "mittels direkter und indirekter Verkaufsförderung angeheizt", die alternative Erzeugung vom Strom dagegen benachteiligt. "Solange die Elektrizitätswerke die Vorteile der alternativen Stromerzeugung und die Sparpotentiale nicht voll ausschöpfen, ist ein Bedarfsnachweis für die Bereitstellung weiterer Stromkapazitäten nicht geben."

h.b.